Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5271**

16. Wahlperiode 09. 05. 2007

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Volker Beck (Köln) Cornelia Behm, Kai Gehring, Peter Hettlich, Undine Kurth (Quedlinburg), Christine Scheel, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Reinhard Loske, Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konkrete Maßnahmen und verbindliche Strukturen für bessere Ernährung und mehr Bewegung umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 2004 hat das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zahlreiche positive Initiativen zur Prävention von Übergewicht angestoßen, u. a. die Plattform für Ernährung und Bewegung e. V. und Projekte zur Verbesserung der Schulverpflegung wie die Vernetzungsstelle Schulverpflegung in Berlin. Der Leitgedanke einer bewussten und genussvollen Ernährungskultur steht dabei im Vordergrund. Die jüngsten Studien machen deutlich, dass das Problem Übergewicht und Fehlernährung bei Kindern und Jugendlichen so virulent ist, dass die Bundesregierung nun weitergehende Sofortmaßnahmen ergreifen muss.

Langfristig sind in einem zentralen Lebensbereich wie der Ernährung Verbote unzureichend. Im Zentrum der Maßnahmen der Bundesregierung muss deswegen die Stärkung der Entscheidungsfähigkeit von Kindern, Jugendlichen und Eltern, aber auch Lehrerinnen, Lehrern und anderen pädagogischen Fachkräften stehen. Sie müssen als Verbraucherinnen und Verbraucher informiert und beraten werden, um individuell für sich und ihre Familien, aber auch in Institutionen wie Schulen und Bildungseinrichtungen verantwortliche Entscheidungen treffen zu können. In die Entscheidungsprozesse der Schulen müssen dabei Eltern, Schülerinnen und Schüler wie auch der Schulträger und das Schulteam gleichermaßen einbezogen werden. Der Bund muss in einem „Bottom-up-Prozess“ durch die Schaffung und Finanzierung von Netzwerken und Kampagnen die dafür notwendige Information, Meinungsbildung, Selbstbefähigung und Entscheidungsfindung unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben durch vielfältige Vernetzungsprojekte in den letzten Jahren bereits gute Grundlagen gelegt, um den notwendigen Bewusstseinswandel zu fördern und Verbesserungen zu entwickeln. Hier gilt es anzusetzen.

Die eindringliche Warnung von Ernährungsforschern und der Weltgesundheitsorganisation WHO, dass Übergewicht den Stellenwert einer Epidemie hat, erfordert vor allem in Deutschland eine glaubwürdige und konkrete Politik und Unterstützung einer gesundheitsförderlichen Lebensführung. Nach Studien des Robert Koch-Instituts sind ca. zwei Drittel der männlichen Bevölkerung und ca. die Hälfte der weiblichen Bevölkerung in Deutschland übergewichtig oder fettleibig (adipös). Nach der im April 2007 veröffentlichten Studie der Interna-

tional Association for the Study of Obesity führt Deutschland mit 75,4 Prozent übergewichtiger Männer und 58,9 Prozent übergewichtiger Frauen sogar die europäische Vergleichsliste an.

Übergewicht wird für den Anstieg verschiedener Folgeerkrankungen, wie Bluthochdruck, koronare Herzerkrankungen, Typ-2-Diabetes und orthopädische Erkrankungen verantwortlich gemacht. Allein die Herz-Kreislauf-Leiden verursachen in Deutschland Behandlungskosten von 35 Mrd. Euro jährlich. Wenn es nicht gelingt die falsche Ernährung schnell umzusteuern, werden die Folgekosten von ernährungsmitbedingten Erkrankungen für das deutsche Gesundheitssystem in den kommenden Jahren von jetzt etwa 70 Mrd. Euro auf über 100 Mrd. Euro ansteigen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO fordert in ihrer „Globalen Strategie für Ernährung, körperlicher Aktivität und Gesundheit“ die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen gegen die „Epidemie“ Übergewicht zu ergreifen. Sowohl das WHO-Forum zum Lebensmittelmarketing als auch das Europäische Parlament sehen einen Zusammenhang zwischen Werbung für ausschließlich für Kinder bestimmte Lebensmittel und dem Konsumverhalten und fordern Werbeeinschränkungen beim Marketing für zu kalorienhaltige bzw. nährstoffarme Lebensmittel.

Die Bundesregierung ist aufgefordert bei einem Aktionsplan zur gesunden Ernährung und Bewegung statt hehrer Worte konkrete Taten zur Lösung des nationalen Problems Übergewicht umzusetzen und nicht bei der Definition von langfristigen Bildungszielen stecken zu bleiben. Erforderlich sind neben einer Veränderung der strukturellen Verhältnisse, insbesondere ein Präventionsgesetz, und einem neuen Ordnungsrahmen für die gesunde Ernährungskultur des 21. Jahrhunderts, vor allem ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket, das konkret und schnell greift und alle Verantwortlichen für bessere Bedingungen einer gesundheitsfördernden Lebensweise in die Pflicht nimmt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gesetzliche Regelungen für die Werbung mit Kinderlebensmitteln zu schaffen und Regeln für sonstige verkaufsfördernde Maßnahmen an Schulen und in öffentlichen Jugendeinrichtungen vorzulegen;
2. eine unternehmensübergreifende, verbraucherfreundliche Kennzeichnung auf Lebensmitteln verbindlich vorzuschreiben, die wie die Ampelkennzeichnung der britischen Lebensmittelbehörde klar und einfach vermittelt, welchen Beitrag das Lebensmittel zu einer gesunden Ernährung leisten kann;
3. im Rahmen der Ernährungsforschung Lebensmittelprodukte, die weniger Fett und Zucker enthalten, möglichst naturbelassen sind und die in empfehlenswerten Portionsgrößen angeboten werden, in den Mittelpunkt zu stellen;
4. dafür einzutreten, dass bekannte Dickmacher wie Süß- und Snackwaren bzw. süße Erfrischungsgetränke nicht mehr in Verkaufsautomaten und Cafeterien der Schulen und Jugendeinrichtungen angeboten werden;
5. ein Präventionsgesetz verbunden mit der Einrichtung einer Präventionsstiftung vorzulegen, damit Strukturen zu schaffen und für deren finanzielle Ausstattung Sorge zu tragen, um eine umfassende, aufeinander abgestimmte, lebenswelt- bzw. settingbezogene Prävention voranzubringen die unter anderem Maßnahmen zu gesunder Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung berücksichtigt;
6. sich dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Krankenkassen die aktuell über den § 20 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) zur Prävention zur Verfügung stehenden Gelder voll ausschöpfen und stärker in lebenswelt- und zielgruppenorientierte Präventionsprogramme investieren und Ernährung und Bewegung einbeziehen;

7. ein 20 Mio. Euro umfassendes Bundesprogramm Ernährung und Bewegung aufzulegen, dessen Maßnahmenpaket sich bevorzugt an sozial und ökonomisch schwache Zielgruppen richtet, die lokale Vernetzung und das Zusammenführen der verschiedenen Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, z. B. auch der durch die Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und für Gesundheit finanzierten Projekte und Programme, fördert und das jährlich über die Entwicklung der Maßnahmen und der Zahl übergewichtiger und fettleibiger Personen berichtet;
8. die Forschungsmittel für diesen Bereich zu erhöhen. Dies gilt sowohl für die einschlägige Ressortforschung als auch für die ressortübergreifende Programmforschung, die v. a. die sozialen und kulturellen Bedingungen der Veränderung von Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten beforschen sollte sowie Methoden und Instrumente zur Qualitätsentwicklung und Evaluation von Präventionsansätzen vorantreibt;
9. Ansätze der Stadtentwicklung mit vielen kostenlos zugänglichen Grünanlagen für Stadtklima und Bewegung und einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Infrastruktur, besonders bei der Schulweggestaltung, zu unterstützen und den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass dem kindlichen Bewegungsdrang Rechnung getragen wird. Außerdem müssen die Ansätze des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ entsprechend weiterentwickelt werden und die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kindern das Spielen in den Mietshäusern umgebenden Grünanlagen nicht mehr untersagt werden kann.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung weiterhin auf, sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen,

1. eine verbindliche Beratung für die Schulen auf den Weg zu bringen, die Unterstützung in Fragen zu Ernährung, Bewegung und Gesundheit anbietet. Dazu gehört auch das Ziel, möglichst flächendeckend gesunde und kostengünstige Schulessen anzubieten, etwa durch Beratung über regionale Angebote von Bio-Catering;
2. die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Schulverpflegung verbindlich zur Grundlage zu machen;
3. Maßnahmen im schulischen Umfeld, in Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen zu entwickeln, die den kindlichen bzw. jugendlichen Geschmackssinn durch einführende Kochkurse und praktische Lebensmittelkunde anregen und die regelmäßige körperliche Bewegung und eine gesunde Lebensweise und Esskultur bewerben;
4. eine Fortbildung von Lehrerinnen, Lehrern und anderem pädagogischem Personal sicherzustellen, die Unterrichtsinhalte wie Gesundheit, gesunde Ernährung, Bewegungsförderung und innovative Hauswirtschaft in Ausbildung und Lehrinhalten von Lehr- und Erziehungskräften sowie den medizinischen Berufen stärkt;
5. den Gesundheits- und Breitensport umfassender als bisher zu fördern und die Bewegungserziehung in den Schulalltag einzubauen. Dabei sollen Netzwerke unterstützt werden, in denen die Sportorganisationen, freien Träger und Schulträger ihre Maßnahmen für mehr Sport und Bewegung im Alltag gegenseitig ausbauen können und Modellprojekte für eine sport-, spiel- und bewegungsfreundliche Stadt stärker initiiert sowie bestehende Förderprogramme konsequent für mehr Sport- und Bewegungsangebote genutzt werden;
6. sich für eine Stärkung der Familienbildung bzw. von Elternkompetenzen einzusetzen und dort als einen Schwerpunkt die Bedeutung von Gesundheitsprävention, gesunder Ernährung und Bewegung zu vermitteln;

7. eine bedarfsdeckende, gesunde Verpflegung und moderne Essräume in Schulen und Kindertagesstätten anzubieten.

Berlin, den 9. Mai 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Angesichts von knapp 40 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürgern mit Übergewichtsproblemen wird die Verantwortung des Staates für dieses Ernährungsproblem, anders als noch vor wenigen Jahren, nicht mehr ernsthaft bestritten. Das Problem von Übergewicht und Adipositas (starkes Übergewicht) hat sich seit dem Zeitraum von 1985 bis 1999 dramatisch verschärft. So gibt es 50 Prozent mehr übergewichtige und doppelt so viele adipöse Kinder wie noch vor 20 Jahren. In absoluten Zahlen ausgedrückt: 1,9 Millionen übergewichtige (15 Prozent) und 800 000 (6,3 Prozent) adipöse Kinder und Jugendliche stellt die Kindergesundheitsstudie KIGGS des Robert Koch-Instituts im Jahr 2006 fest. Besonders häufig betroffen sind Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus, mit Migrationshintergrund und deren Mutter übergewichtig oder adipös ist.

Seit 2004 hat Deutschland auf Initiative des Ernährungsministeriums mit neuen Strategien zur Prävention von Übergewicht – neben der Ernährungsaufklärung auch die Bewegungsförderung und die Stressbewältigung – erste Grundlagen für eine neue Ernährungsbewegung gelegt. Im Vordergrund der Maßnahmen standen vor allem die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Kinder. Eine besondere Bedeutung kommt dabei Erziehungs-, Bildungs- und Präventionsmaßnahmen bei Kindern und Jugendlichen zu.

Die bisherigen Fortschritte reichen aber nicht aus und müssen auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen noch stärker konkretisiert und auf schnellgreifende Maßnahmen ausgerichtet werden. Insbesondere sind nun auch die Länder, die Schulträger und die Schulen sowie die Ernährungs- und Werbewirtschaft in die Programme mit einzubeziehen.

Die Aktivitäten der Bundesregierung in den letzten Monaten waren zu sehr von unproduktiven Schuldzuweisungen an Eltern und Schulen sowie unverbindlichen und halbherzigen Diskussionen um das richtige Bildungsangebot geprägt. Die ernste Lage der Epidemie Übergewicht ist dadurch ebenso heruntergespielt worden wie wertvolle Zeit verloren gegangen.

Ursachen und Folgen von Übergewicht

Übergewicht entsteht als Folge einer anhaltend positiven Energiebilanz, also einer zu hohen Energieaufnahme in Bezug auf den Energieverbrauch. Dies hat viele Ursachen. Falsche, nicht an den Lebensstil angepasste Ernährung mit zu viel Fett und Zucker ist eine davon. Mangelnde Bewegung aufgrund veränderter Lebensbedingungen eine andere. Aber auch sozioökonomische wie -kulturelle Gründe werden von der Wissenschaft verantwortlich gemacht. Das Spektrum reicht von aggressiver Werbung, übermäßigem Fernsehkonsum, Reduzierung der Freizeitakitiväten auf Computerspiele, genetisch-biologischen Faktoren bis hin zum Schlaf- und Freizeitverhalten.

In zunehmendem Maße sind gerade auch junge Menschen aus sozioökonomisch schwachen Haushalten mit Migrationshintergrund betroffen. So ist nach den Daten der Schuleingangsuntersuchungen in Berlin 2001 der Anteil an adipösen

Kindern aus Ausländerfamilien mit über 20 Prozent am höchsten, im Vergleich zu 10,6 Prozent bei den herkunftsdeutschen Kindern.

Der signifikante Trend zum Übergewicht verschärft auch die Folgeerkrankungen. Ansteigende Fälle von sogenannter Altersdiabetes bereits im Kindesalter, motorische Einschränkungen durch Fettleibigkeit in jungen Jahren, die die Aufnahme einer Berufstätigkeit erschweren, oder psychische Probleme im Zusammenhang mit dem Körpergewicht werden die Sozial- und Gesundheitssysteme mittel- bis langfristig belasten. Auch die persönliche Lebensqualität der Betroffenen leidet darunter oftmals nachhaltig.

Die Behandlungskosten für ernährungsmitbedingte Erkrankungen umfassen 5 bis 10 Prozent der Gesundheitskosten einer Volkswirtschaft. Allein die Herz-Kreislauf-Leiden verursachen in Deutschland Behandlungskosten von 35 Mrd. Euro jährlich, Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems 25 Mrd. Euro und sonstige ernährungsmitbedingte Krankheiten verursachen weitere 10 Mrd. Euro.

Gute Ansätze zur Förderung des Ernährungsbewusstseins

Die zahlreich durchgeführten Ernährungsprojekte der rot-grünen Bundesregierung konzentrierten sich zunächst auf einen Bewusstseinswandel in Kindergarten, Schule und Öffentlichkeit, z. B.

- Projekt „Essen + Schule = Note 1“ bietet Schulen Unterstützung beim Thema Schulverpflegung.
- REVIS (Reform zur Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen) war ein Forschungsprojekt der Universitäten Paderborn, Flensburg, Heidelberg, das innovative Bildungsziele und -kompetenzen für die Ernährungs- und Verbraucherbildung entwickelt hat, die von den Ländern nun nur noch umgesetzt werden müssen.
- Kampagne „Kinderleicht“ wirkt dem zunehmenden Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen präventiv entgegen.
- Kampagne „Bio kann jeder“ unterstützt die von 90 Prozent der Eltern gewünschte Einführung von Bio-Lebensmittel in die Gemeinschaftsverpflegung von Kindern und Jugendlichen.
- Modellvorhaben „Gesunde Schulverpflegung an Berliner Grundschulen“ mit einer sehr erfolgreichen Vernetzungsstelle für die Schulverpflegung in Berlin.
- Wettbewerb „Kinderleicht. Besser essen. Mehr bewegen“, der mit über 15 Mio. Euro 24 Präventionsprojekte über 3 Jahre in ganz Deutschland fördert und vernetzt.
- Die Nationale Verzehrstudie II wird Anfang 2008 aktuelle Erkenntnisse über den Ernährungszustand der Bevölkerung vorlegen.

Mittlerweile wird auf vielen Fachtagungen und Diskussionsveranstaltungen über die Rolle der Ernährung für eine gesunde Lebensführung diskutiert und der Staat zum Handeln aufgefordert.

Der Leitgedanke einer bewussten und genussvollen Ernährungskultur wie sie auch von Initiativen wie Slow food und Vertretern der ökologischen Ernährung vertreten werden, steht dabei zu Recht im Vordergrund.

Aufklärung und Bildung reichen nicht aus

Die von der Plattform Ernährung und Bewegung e. V. (peb) beauftragte Untersuchung „Wege zur nachhaltigen Erreichbarkeit von Eltern zur Prävention des Übergewichtes bei Kindern und Jugendlichen“ aus dem Jahre 2006 kommt zu

dem Ergebnis, dass Bildungsarbeit mit sozial benachteiligten Eltern am wirkungsvollsten durch direkte Gespräche in kleinen Gruppen, in lokalen Netzwerken und niedrigschwelligen Angeboten durchzuführen ist. Neben Informationen sind also strukturelle Aspekte und zielgruppenorientierte Kommunikationsstrategien erfolgsentscheidend.

Die Auswertung internationaler Präventionsprogramme zeigt ebenfalls, dass Aufklärung und Information nicht ausreichend sind, um das Ess- und Bewegungsverhalten dauerhaft zu verbessern, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ebenfalls geändert werden.

Gesundheit und Krankheit entstehen in den Lebenswelten (Settings) der Menschen (Schulen, Betriebe, Kindertagesstätten, Stadtteile/Kommunen). Einen wesentlichen Anteil haben die Lebensbedingungen wie Einkommen, Bildung, soziale Beziehungen. Bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen wirken prekäre Lebensbedingungen (Einkommens- und Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Netze etc.) oft als Risikofaktor. Sie bedingen unter anderem Übergewicht und Adipositas. Präventionsprogramme müssen deshalb auch an den Lebensbedingungen ansetzen und diese verbessern. Es gilt, die Lebenswelt selbst positiv zu beeinflussen und sie nicht nur als Zugang für Maßnahmen zu nutzen. Hier bietet sich das Instrument der Kampagne an, bei der die Lebenskontexte durch einen Maßnahmen-Mix (Information, Aufklärung, Befähigung, Möglichkeiten der Einflussnahme) längerfristig positiv beeinflusst werden.

Bereits heute fördern die gesetzlichen Krankenkassen Präventionsprogramme, die in den Lebenswelten der Menschen ansetzen. Hierbei handelt es sich laut § 20 SGB V um Maßnahmen, die den allgemeinen Gesundheitszustand verbessern sollen. Diese Maßnahmen sind zumeist unspezifisch (Kompetenzerwerb, Steigerung des Selbstwertgefühls etc.) und zielen auch auf strukturelle Veränderungen in den Lebenswelten ab. Die Menschen werden durch umfassende Teilhabe an diesen Programmen in die Lage versetzt, selbstbestimmt mit ihrer Gesundheit umzugehen. Genau diesen Aspekt erfüllen viele der von den Krankenkassen angebotenen, auf die Individuen zielenden, Kurse (z. B. Rückenschule) nicht. Erreicht werden insbesondere Personengruppen, die ohnehin schon gesundheitsbewusst leben.

Etliche Ernährungsprogramme haben sich als wenig wirksam und nachhaltig erwiesen. Die Programme sind oft nicht hinreichend in Qualitätsentwicklungsprozesse eingebunden. Gerade für komplexe Ernährungsprogramme, die in den Lebenswelten (Settings) der Menschen ansetzen, wurden in jüngerer Vergangenheit entsprechende Instrumente entwickelt. So ermittelt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Projekte guter Praxis, deren Qualität mit den vor Ort tätigen Akteurinnen und Akteuren weiterentwickelt wird. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen haben in jüngster Vergangenheit Evaluierungsinstrumente für Setting-Projekte entwickelt. Ein weiteres Evaluierungsinstrument steht mit dem Health Impact Assessment zur Verfügung. Hier können die Auswirkungen politischer Programme auf die Gesundheit der Bevölkerung analysiert werden. Diese Erfahrungen gilt es zu nutzen und sie in eine Gesamtstrategie zu integrieren.

Städtische Lebensräume und das Wohnumfeld beeinflussen die Gesundheit. Auch hier gilt es, diese gesundheitsgerecht zu beeinflussen (z. B. durch Grünflächen, Spielplätze, Fahrradwege etc.). Vor allem aber hilft der Aufbau von gesundheitsförderlichen Strukturen. Auch hier gibt es bereits gute Ansätze wie das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ oder das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Diese Programme können helfen, Übergewicht und Adipositas zu reduzieren, und sollten Synergieeffekte mit durch die Bundesebene geförderten Präventionsaktivitäten nutzen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2008 sollten auch Vorschläge eingebracht werden, die im Rahmen der Ressortforschung Methoden und Instrumente zur Qualitätsentwicklung, Wirksamkeitsnachweisen und Evaluation von Präventionsansätzen und -projekten sichten, bewerten und gegebenenfalls weiterentwickeln.

Neuer Ordnungsrahmen für klare Ernährungsbotschaften

Die WHO sieht einen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg für den kausalen Zusammenhang zwischen Übergewicht und Fettverzehr und einen wahrscheinlichen Zusammenhang zum übermäßigen Verzehr von Zucker. Ein Forum der Weltgesundheitsorganisation WHO zum Lebensmittelmarketing für Kinder hat sich bereits im Mai 2006 dafür ausgesprochen, Kinder durch Werbeeinschränkungen vor dem Marketing für zu kalorienhaltige bzw. nährstoffarme Lebensmittel zu schützen.

Auch das Europäische Parlament verurteilt in seiner Entschließung zur „Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung: eine europäische Dimension zur Verhinderung von Übergewicht, Adipositas und chronischen Krankheiten“ (2006/2231(INI)) die Häufigkeit und Intensität der Fernsehwerbung für ausschließlich für Kinder bestimmte Lebensmittel und weist darauf hin, dass eindeutig nachgewiesen wurde, dass die Fernsehwerbung das kurzfristige Konsumverhalten von Kindern zwischen 2 und 11 Jahren beeinflusst.

Einige europäische Länder wie Großbritannien oder Lettland haben bereits Maßnahmen wie Werbeverbote für Süßwaren im Fernsehen vor 21 Uhr oder ein Verkaufsverbot von ungesunden Lebensmitteln an Schulen ergriffen.

Die EU-Verordnung für nährwert- und gesundheitsbezogene Lebensmittelkennzeichnung stellt seit Anfang 2007 die Auslobungen auf Lebensmittelverpackungen auf eine neue Grundlage. Werbebotschaften mit Gesundheitsbezug müssen in Zukunft wissenschaftlich belegt sein und werden in einem europaweiten Register gesammelt. Bis 2010 soll ein verbraucherfreundliches Kennzeichnungssystem entwickelt werden.

Die britische Lebensmittelbehörde Food Standard Agency (FSA) hat seit 2004 an einer Methode gearbeitet, die Verbraucherinnen und Verbrauchern zeigen soll, welches Lebensmittel gut und welches schlecht für die tägliche Ernährung ist. Aufgrund wissenschaftlicher Studien und Verbraucherbefragungen wurde ein Kennzeichnungssystem entwickelt, das einfach und leicht verständlich ist und den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Kaufentscheidung erleichtern soll. In Studien bevorzugten 65 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer farbige Darstellungen, eine Ampel-Kennzeichnung kam auf die besten Ergebnisse: Rote, gelbe oder grüne Punkte weisen auf einen hohen, mittleren oder niedrigen Gehalt an Fett (gesamt), gesättigten Fettsäuren, Zucker oder Salz in den gekennzeichneten Lebensmitteln hin.

Ein widerspruchfreies politisches Vorgehen bezieht auch die Kommunikation von Ernährungsbotschaften durch andere Akteure mit ein. Seriöse Ernährungsaufklärung darf durch anders lautende Werbebotschaften nicht entwertet werden. Allein für Schokolade und Zuckerwaren wurden in Deutschland im Jahr 2004 mit 569,1 Mio. Euro Werbegeldern ein hundertfaches von dem eingesetzt, was die Bundesregierung mit bescheidenen 5 Mio. Euro für Ernährungsaufklärung vorgesehen hat. Und der Ernährungsbericht 2004 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung kommt zu dem Schluss, dass Süßes und fette Snacks mit 25 Prozent am häufigsten im Fernsehen dargestellt werden und das im Fernsehen vermittelte Ernährungsbild nur wenig mit einer Gesundheit fördernden Ernährung zu tun hat.

Gesunde Ernährung an Schulen

Um den Trend in der Entwicklung von Übergewicht abzuschwächen und möglichst umzukehren, müssen Maßnahmen zur Ernährung und Bewegung in Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildung und Bildungswesen umgehend konkretisiert werden. Kinder sollten von frühester Kindheit an mit einem ausgewogenen und gesundheitsfördernden Lebensstil vertraut gemacht werden. Die Stärkung eines gesunden Ernährungsbewusstseins und die Förderung der Ernährungsinformation und -bildung in Kindertagesstätten, Schulen und im Alltag benötigen dringend ein Umdenken und neue Wege in den zuständigen Länderministerien. Aus- und Fortbildungsleitlinien von Lehr- und Erziehungskräften sowie medizinischen Berufen müssen entsprechend angepasst werden.

Die Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kindergärten oder öffentlichen Einrichtungen brauchen hochwertige Qualitätsstandards und einen kostengünstigen, möglichst kostenlosen Zugang für sozio-ökonomisch Benachteiligte. Ein verpflichtendes Angebot, das die neuen DGE-Empfehlungen für gesunde Schulverpflegung verbindlich einhält, sollte bei Ganztagsbetreuung zur Förderauflage werden. Schädliche Störfaktoren wie Marketing für Süßwaren oder Soft drinks oder ungesunde Sortimente in Verkaufsautomaten müssen durch die Landesgesetzgebung verhindert werden.

Gerade auch Kindertagesstätten und Schule können die Bewegungs- und Ernährungsgewohnheiten nachhaltig beeinflussen: Spielerische Bewegung, regelmäßiger Sport, ausgewogene Ernährung und gesunder Lebensstil sollten deshalb schwerpunktmäßig vorgesehen werden. Der Ausbau des Schulsports und breit angelegte Sportkampagnen für die Allgemeinheit ergänzen die gesunde Schulverpflegung. Auch hier kommt den Ländern eine besondere Verantwortung zu.

Neue Strukturen für eine konsistente Ernährungspolitik

Auch in der Europäischen Union wurde mit dem Grünbuch über die „Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung: eine europäische Dimension zur Verhinderung von Übergewicht, Adipositas und chronischen Krankheiten“ ein umfangreicher Konsultationsprozess angestoßen und nach deutschem Vorbild mit der europäischen Plattform „Ernährung, Bewegung und Gesundheit“ eine neue Struktur unter Einbeziehung aller Altersgruppen und verschiedener Institutionen und Akteure eingerichtet.

Dieser integrierte Ansatz zur Prävention von Übergewicht wird seit Mai 2004 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Rahmen der „Globalen Strategie für Ernährung, körperliche Aktivität und Gesundheit“ empfohlen. Das vom Deutschen Bundestag verabschiedete Präventionsgesetz (Bundestagsdrucksache 15/5363) mit einer Stiftung „Prävention und Gesundheitsförderung“ und neuen Präventionsprogrammen muss endlich in Kraft treten.

Die Komplexität des Problems Übergewicht verlangt nach vielfältigen Maßnahmen und einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, die von allen gesellschaftlichen Akteuren getragen wird. Deshalb stehen gerade auch Eltern, Erzieher, Lehrer, Ärzte, Krankenkassen, aber auch die Lebensmittelindustrie und die Werbewirtschaft jeweils in ihrem Verantwortungsbereich in der Pflicht.

Vor Ort muss mit Kindertagesstätten, Schulen, Horten und sonstigen Bildungseinrichtungen, im Schul- und Vereinssport sowie in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ein breites und dichtes Netz für die Bekämpfung und Prävention von Übergewicht geschaffen werden. An 24 Standorten fördert die Bundesregierung bereits regionale und lokale Initiativen aus den Bereichen Ernährung, Bewegung, Erziehung und Gesundheit, die sich mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, Übergewicht bei Kindern in Deutschland vorzubeugen. Dieser Ansatz muss ausgebaut werden. Die Schulverpflegung muss ebenso einbezogen

werden wie kommunale Aktivitäten zur Bewegungsförderung. Ziel von Stadtplanung und Architektur muss die bewegungsfreundliche Stadt, eine moderne Fußgänger- und Radwegeinfrastruktur und eine bewegungsaktive Gebäudegestaltung sein. Spielverbote für Kinder in den Wohnhäusern umgebenden Grünanlagen sollten endgültig der Vergangenheit angehören.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333